



## Stadtparlament

9201 Gossau  
www.stadtgossau.ch  
info@stadtgossau.ch



---

# Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2013 - 2016

## 09. Sitzung

**Dienstag, 6. Mai 2014, 18.00 bis 20.10 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau**

Vorsitz Frank Albrecht (SVP)

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Stefan Häseli (CVP)

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt

## Traktanden

- 09.01 Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2013
- 09.02 Glasfasernetz (FTTH); Kreditfreigabe
- 09.03 Initiative „Sporthalle“; Rückkommensantrag
- 09.04 Interpellation Alfred Zahner „Beiträge an Pflege und Hilfe zu Hause“, Beantwortung
- 09.05 Teilzonenplan Stationsstrasse Süd; Erlass
- 09.06 Neue Vorstösse

### 09.01 Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2013

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. März 2014 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Jahresrechnungen 2013 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheims Espel werden gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Gemeindeordnung genehmigt.*
2. *Der Ertragsüberschuss 2013 der Stadtwerke von CHF 1'870'388 wird in die Rückstellung für zukünftige Infrastrukturprojekte eingelegt.*
3. *Der Aufwandüberschuss 2013 des Stadthaushaltes von CHF 246'098 wird der Reserve für künftige Aufwandüberschüsse belastet.*
4. *Der Ertragsüberschuss 2013 des Altersheims Espel von CHF 364'205 wird in die Betriebsreserve eingelegt.*
5. *Der Geschäftsbericht wird gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Gemeindeordnung genehmigt.*

#### Eintretensdiskussion:

**Markus Mauchle, Präsident Geschäftsprüfungskommission**, verliest den Bericht der GPK vom 23. April 2013. Die Geschäftsprüfungskommission stellt folgende Anträge:

1. *Die Jahresrechnungen 2013 des Städtischen Haushaltes, der Stadtwerke und des Altersheims Espel, seien zu genehmigen.*
2. *Die Verwendung der Ertragsüberschüsse und des Aufwandüberschusses, gemäss den Anträgen des Stadtrates, sei zu genehmigen.*
3. *Der Geschäftsbericht sei gestützt auf Art. 39 Abs. 3 lit. a) Gemeindeordnung zu genehmigen.*

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** findet das Studium des Geschäftsberichtes herausfordernd, das Werk wird aber von Jahr zu Jahr besser. Das finanzielle Ergebnis fällt regelmässig besser aus als vorgesehen, der Stadtrat sollte deshalb optimistischer budgetieren. Sparmassnahmen des Stadtrates haben sich bereits positiv ausgewirkt. Investitionen sollen auf das wirklich Nötige beschränkt werden. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

**Erwin Sutter (FlIG)** freut sich über den Jahresabschluss, die Finanzlage bleibt aber angespannt, und Investitionen stehen an. Der Personalabbau darf sich aber nicht auf die Investitionstätigkeit auswirken, und die Arbeiten sollen möglichst mit eigenem Personal erledigt werden. Das Fremdkapital liegt bei CHF 56 Mio. und ist bedrohlich hoch. Er beantragt Genehmigung.

**Florian Kobler (SP)** schätzt den Sparwillen des Stadtrates. Das Sparen kann sich aber auch rächen. Er befürchtet, dass der Spardruck langfristig zu einem Qualitätsabbau führen wird. Die beschlossene Steuererhöhung war richtig, künftige Projekte stehen an und müssen ebenfalls finanziert werden. Anstehende Projekte sollen vorangetrieben und nicht hinausgeschoben werden. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

**Gallus Hälgi (SVP)** ist erfreut, dass die immer wieder prophezeiten finanziellen Hiobsbotschaften nicht eintrafen. Stets wurden weniger Investitionen umgesetzt, als budgetiert. Auch weiterhin muss die Verwaltung schlank blei-

ben, und bei den Investitionen muss Wünschbares vom Nötigen getrennt werden. Er bedankt sich bei den Mitarbeitenden der Stadt für die geleistete Arbeit. Er beantragt Eintreten.

**Roman Steiger (CVP)** freut sich, dass die Sparmassnahmen sich auswirken. Unerfreulich ist, dass die Stadt immer mehr neue Aufgaben finanzieren muss. Die Kennzahlen der Stadt sind nicht erfreulich. Die Finanzen müssen im Lot bleiben, damit Gossau attraktiv bleibt. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

#### **Detalldiskussion:**

**Gallus Hälg (SVP)** stellt folgende Anträge zur Verwendung des Ertragsüberschusses 2013 der Stadtwerke:

1. Zuweisung an den Energiefonds CHF 300'000
2. Ablieferung an den städtischen Haushalt CHF 1'570'388

Die vom Stadtrat vorgeschlagene Gewinnverteilung dient der Beschönigung des Projektes FTTH. Mit der erneuten Zuweisung würden die Rückstellungen für das Glasfaserprojekt 7 Mio. ausmachen. Die Einlage in den Energiefonds wird sofort wirksam, und die Ablieferung an den Stadthaushalt reduziert das Darlehen der Stadtwerke bei der Stadt Gossau.

#### **Abstimmung über Antrag Gallus Hälg:**

Der Antrag wird mit 9 Ja zu 20 Nein abgelehnt.

#### **Beschluss des Stadtparlamentes zu den Anträgen des Stadtrates:**

Den Anträgen 1, 3, 4 und 5 wird einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag 2 wird mit 20 Ja zu 9 Nein zugestimmt.

#### **09.02 Glasfasernetz (FTTH); Kreditfreigabe**

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. April 2014 mit folgendem Antrag:

*Der bei den Stadtwerken im Voranschlag 2014 für das Projekt Glasfasernetz (FTTH) enthaltene Kredit von CHF 1.82 Mio. wird freigegeben.*

#### **Eintretensdiskussion:**

**Markus Mauchle, Präsident der Geschäftsprüfungskommission,** berichtet über die Feststellungen der GPK zum Projekt. Sie hat das Projekt gestützt auf die Zweitmeinung und auf die Planerfolgsrechnung auf Wirtschaftlichkeit, Rechtmässigkeit und Effektivität überprüft. Sie stellt für das Projekt fest, dass

- die Rechtmässigkeit gegeben ist;
- die Wirtschaftlichkeit für die nächsten 20 Jahre nicht gegeben ist;
- die Effektivität gegeben ist.

**Roland Seiler (SVP)** nimmt Stellung zum Bericht im St.Galler Tagblatt vom 3. Mai 2014 und den dortigen Berechnungen. Die Stadt wird sich mit der Investition FTTH stark zusätzlich verschulden, bei unsicherer Ertragslage. Diese Schulden können nicht durch die Stadtwerke zurückbezahlt werden. Er fragt, wie die Stadtwerke ungedeckte Beträge finanzieren sollen. Die Ablieferungen der Stadtwerke an den Stadthaushalt sind gefährdet. Die Rentabilität des Projektes FTTH wird nicht gegeben sein, wenn die Kapitalkosten verzinst werden sollen. Die maximale Rendite wird minus 2.6% sein. Die Fraktion ist nicht gegen das Glasfaserprojekt, ist aber gegen die Finanzierung durch die Stadtwerke. Die nötige Fachkompetenz in den Stadtwerken fehlt für die Realisierung dieses neuen Projektes. Er unterstützt Eintreten und wird später Anträge stellen.

**Fredi Mosberger (CVP)** findet es richtig, dass eine seriöse Zweitmeinung eingeholt wurde. Die Interpretation der Zweitmeinung durch die SVP ist unverständlich. Der markante Unterschied liegt bei der Abschreibungsdauer. Bei einem langfristigen Infrastrukturprojekt besteht ein unternehmerisches Risiko. Die Kernfrage ist, ob ein Glasfasernetz zum Service Public gehört. Die CVP bejaht dies und beantragt Freigabe des Kredites.

**Alfred Zahner (FlIG)** verweist auf den zustimmenden Volkentscheid zum Projekt. Das Bundesgericht hat zur Unternehmenssteuerreform einen Entscheid gefällt, mit der Begründung, das Resultat einer Volksabstimmung könne nicht aufgehoben werden, unabhängig vom Inhalt der Abstimmungsvorlage. In einer Demokratie müssen Abstimmungsergebnisse Gültigkeit haben und müssen umgesetzt werden.

**Felix Koller (FDP)** zur Kreditfreigabe: Die Stimmbevölkerung hat abschliessend entschieden, das Projekt ist angenommen. Die Zweitmeinung unterstützt die angestrebte Zusammenarbeit mit der Swisscom. Langfristig wird kein Weg an einem Glasfasernetz vorbeigehen. Die Zweitmeinung ist vorsichtiger und rechnet mit 30 Jahren. Die Rendite stand nie im Zentrum, FTTH ist ein Infrastrukturprojekt. Mit dem gewählten Vorgehen hat Gossau das Netz selbst in der Hand. Er beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrates. Die Verteilung von vertraulichen Informationen verurteilt er.

**Monika Gähwiler-Brändle (SP)** kann nicht in die Zukunft schauen, will aber die Zukunft bestmöglich planen. Seit der Abstimmung besteht der Auftrag, in die Zukunft zu investieren. Der Kredit ist vom Volk bereits gesamt haft bewilligt. Das Projekt steht auf stabilen Beinen. Als Mitglied der GPK hatte sie Einblick in alle Unterlagen erhalten. Die heutige Kreditfreigabe darf nicht mehr in Frage gestellt werden. Investitionen in die Zukunft kosten immer. Sie vermisst das demokratische Verständnis der SVP und beantragt Freigabe des Kredites.

**Stadträtin Gaby Krapf** bedankt sich für die mehrheitlich sachlichen und konstruktiven Voten und für die Prüf arbeit der GPK. Nur der Markt kann beantworten, wie rentabel das Projekt sein wird. Serviceprovider ohne durchgehende Glasfaserinfrastruktur bis in die Wohnung dürften in einigen Jahren einen schwierigen Stand haben. Zu den durch die SVP im Vorfeld der Parlamentssitzung publizierten unrichtigen Zahlen möchte sie nicht weiter Stellung nehmen.

#### **Detaildiskussion:**

**Remo Schelb (SVP)** stellt folgende Anträge:

1. *Die Wirtschaftlichkeit und Finanzierung des gesamten FTTH-Projektes sei unter Berücksichtigung der Abstimmungsunterlagen, der bereits erstellten Expertenberichte, der Neuberechnungen Glasfaser des Finanzamtes sowie der Berichte der GPK von PWC St.Gallen zu prüfen und aufzubereiten.*
2. *Dieser Bericht sei dem Parlament innert 3 Monaten zuzustellen.*
3. *Der Antrag des Stadtrates für die Freigabe des ersten Kredites über CHF 1.82 Mio. für das FTTH-Projekt sei bis nach der abschliessenden Beratung dieses Berichtes im Parlament zurückzustellen.*

Unklar ist bis heute die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit des Projektes. Im Bericht des Stadtrates fehlen Erläuterungen. Die Mitglieder des Parlamentes sind nicht in der Lage, eine seriöse Uebersicht zu schaffen, nachdem ein Tag vor der Sitzung die Planerfolgsrechnung zugestellt wurde. Die aktuelle Verschuldung der Stadtwerke wird auf 50 Mio. ansteigen. Unklar bleibt, womit dieses Projekt finanziert werden soll. Den Nachweis bleibt

der Stadtrat schuldig. Es muss alles unternommen werden, damit nicht ein finanzieller Schaden entsteht. Er will wissen, was auf die Stadt zukommt.

**Norbert Hälg (FDP)** stört sich am Vorgehen der SVP, indem mit falschen Zahlen operiert wurde. Im Gegensatz zu einem Schulhausbau ist beim Projekt FTTH mit einer kleinen Rendite zu rechnen. Das Projekt ist auf sehr lange Zeit angelegt. Die GPK hatte immer alle Informationen und Daten erhalten. Der einzige Unterschied von der Erstmeinung zur Zweitmeinung liegt bei den vermuteten Einnahmen, die Investitionskosten sind unbestritten. Der Entscheid des Volkes ist zu respektieren.

**Florian Kobler (SP)** beurteilt das Vorgehen der SVP als demokratisch sehr schlecht. Der Volkswillen muss respektiert werden. Er appelliert an die SVP, den Abstimmungskampf nun zu beenden.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** kann nicht verstehen, dass die SVP eine grosse Zahlenverwirrung angestellt hat. Er sieht einen Widerspruch in der Haltung der SVP, wenn eine neue Abstimmung verlangt wird. Über die Amortisationsdauer kann man sich streiten, aber heute sind lediglich Schätzungen möglich.

#### **Abstimmung über die Anträge Remo Schelb (SVP):**

Die Anträge werden abgelehnt mit 8 Ja, 20 Nein und 1 Enthaltung.

#### **Beschluss des Stadtparlamentes über den Antrag Stadtrat:**

Der Antrag wird angenommen mit 20 Ja, 8 Nein und 1 Enthaltung.

### **09.03 Initiative „Sporthalle“; Rückkommensantrag**

Grundlage sind die Anträge der Vorberatenden Kommission vom 23. März 2014:

1. *Das Parlament kommt auf den Beschluss vom 4. September 2012 „Ablehnung der Initiative „Sporthalle“ zurück.*

*Der Beschluss vom 4. September 2012 lautet:*

1. *Die Initiative wird mit 6 Ja zu 23 Nein abgelehnt.*
2. *Das Stadtparlament beschliesst mit 20 Ja zu 9 Nein, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten.*

2. *Die Initiative „Sporthalle“ wird angenommen.*

*Diese lautet:*

<sup>1</sup> *Der Stadtrat wird beauftragt, innert drei Jahren nach der Annahme der Initiative dem Parlament eine Vorlage für ein baureifes Projekt für eine mehrfach unterteilbare Sporthalle vorzulegen.*

<sup>2</sup> *Dafür ist das notwendige Bauland zu sichern.*

<sup>3</sup> *Der Standort ist so zu wählen, dass der Bedarf der Schulen durch möglichst kurze Wege abgedeckt werden kann.*

<sup>4</sup> *Für das Projekt wird ein Kredit von 600'000 Franken bewilligt.*

3. *Die nachfolgend aufgeführten Personen werden in die Gruppe „Konsultation Stadtparlament“ für die Erarbeitung des Masterplanes GESAK gewählt.*

*Florian Kobler, SP*

*Remo Schelb, SVP*

*Alois Künzle, SVP  
Ruth Schäfler, FDP  
Alfred Zahner, FLiG  
Norbert Hug, CVP  
Ruedi Manser, CVP*

**Ruedi Manser (CVP), Präsident der Vorberatenden Kommission**, orientiert über die Entstehungsgeschichte für die obigen Anträge. Es ist eine neue Situation entstanden nach der Grundsatzabstimmung über das Hallenbad und wegen dem Projektauftrag für den Masterplan GESAK. Nun kann das Anliegen der Initiative in den Masterplan GESAK eingebaut werden. Dies gewährleistet, dass innert nützlicher Frist Entscheidungsgrundlagen ausgearbeitet werden können, auch wenn dies mehr als 3 Jahre dauern könnte.

**Stefan Harder (FLiG)** ist erfreut über den Rückkommensantrag. Das Turnhallenangebot ist heute ungenügend. Die Sportvereine sind auf grosse Sporthallen angewiesen. Die Umsetzung der Initiative ist nicht auf 3 Jahre fixiert, soll aber innert nützlicher Frist umgesetzt werden. Er beantragt Zustimmung.

**Alois Künzle (SVP)** bedankt sich bei der VBK und unterstützt alle Anträge. Der Antrag 2 muss bei der Ausarbeitung des GESAK-Masterplanes berücksichtigt werden.

**Ruth Schäfler (FDP)** befürwortet eine gesamtheitliche Sportstätten-Planung inkl. Mehrfachturnhalle. Sie ersucht um Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

**Felix Koller (FDP)** weist auf eine mögliche Gemeindevereinigung Andwil hin. Sowohl beim GESAK-Masterplan als auch bei der Initiative Sporthalle sollte der Vereinigungsentscheid abgewartet werden. Ein Planungsstopp wäre angebracht, damit allenfalls die Interessen von Andwil und Arnegg ausreichend in den Masterplan GESAK einfließen können.

**Stadtrat Urs Blaser** unterstützt die Annahme der Initiative, damit die Abklärungen in den GESAK Masterplan einfließen können. Würde das Parlament die Initiative nicht annehmen, wäre jetzt zwingend eine Volksabstimmung durchzuführen.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Den Anträgen 1 und 2 wird mit 28 Ja und 1 Nein zugestimmt.  
Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

**09.04 Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Beiträge an Pflege und Hilfe zu Hause“, Beantwortung**  
Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 22. Januar 2014.

Der Interpellant **Alfred Zahner (FLiG)** kann die Antwort des Stadtrates nachvollziehen. Er kann den Sparabschluss des Stadtparlamentes nicht verstehen. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

**09.05 Teilzonenplan Stationsstrasse (Teil Süd); Erlass**

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. April 2014 mit folgendem Antrag:

*Der Teilzonenplan „Stationsstrasse“ (Teil Süd) wird gemäss Planbeilage erlassen.*

**Désirée Baldegger (SVP)** unterstützt die geplante Umzonung, welche Entwicklungspotenzial für Arnegg freigibt. Auf weitere Umzonungen in diesem Gebiet soll verzichtet werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**09.06 Neue Vorstösse**

- Einfache Anfrage Remo Schelb (SVP); "Zukünftige Ablieferungen der Stadtwerke an den Stadthaushalt"
- Einfache Anfrage Florian Kobler (SP); "Tarifverbund Ostwind – neue Zonenaufteilung ab 14. Dezember 2014"
- Einfache Anfrage Alfred Zahner (FLiG); "Intelligente Abfallentsorgung"
- Interpellation Erwin Sutter (FLiG) „Mangelhafte Fussgängerstreifen in Gossau“

Der Präsident



Frank Albrecht

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 12. Mai 2014 genehmigt.